



# Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen?

Die Werkleitung hat dem Betriebsrat am 24.+26.10 ihre Forderungen vorgestellt. Es sind Forderungen, die wir eigentlich gleich in die Tonne schmeißen können. Brückentage nur mit Kompensation, Verlängerung des Pool 1+2 bis 2020, Ferienarbeiter übers ganze Jahr, je Leiharbeiter-Wandlung werden zwei Neue eingestellt. Und die Forderung nach 40 Sonderschichten in der Halle 93 ohne Entlastungskonzept zeigen, mit welcher Arroganz diese Damen und Herren der Werkleitung unsere Gesundheit ernst nehmen, nämlich gar nicht. Eine weitere Frechheit ist, dass die Betriebsversammlungen auf einen Samstag stattfinden sollen. Dem Betriebsratsgremium wurde dann am 25.10. eine Absichtserklärung zum Bau des N293 vorgelegt, in der die oben genannten Forderungen nicht mehr auftauchen. Ein IG Metall Anwalt musste dann auch noch seinen Senf dazugeben und versichern, dass diese Absichtserklärung eigentlich ein Papier sei, mit dem man sich den Hintern abwischen kann. Ja was denn nun? Betriebsratsvorsitzender und Werkleiter unterzeichnen beide ein Papier, was eigentlich nichts wert ist? Einfach lächerlich und Verdummung der Belegschaft. Am 26.10. wurde in einer Sonderbetriebsratssitzung mehrheitlich der Erklärung zugestimmt, die zwei Passagen enthält, die sich laut eines Anwaltes für Arbeitsrecht für die Belegschaft negativ auswirken wird. In den ersten beiden Absätzen steht: „Standortleitung und Betriebsrat sind sich darüber einig, Rahmenbedingungen zu schaffen um wirtschaftliche Fertigungsbedingungen für eine Integration des N293 (Elektrofahzeug) am Standort Bremen zu schaffen“ und „Zur Unterstützung dieses Zieles, sind sich Standortleitung und Betriebsrat **einig**, dass bis zum 01.10.2017 Regelungen getroffen werden, damit bei

einem entsprechenden Programm, die erfolgreichen Ablösepoolmodelle 1 und 2 mit entsprechendem Personalkonzept über das Jahr 2017 hinaus fortgesetzt werden können“. Diese Erklärung hat nur ein Ziel: Der Belegschaft zu zeigen, dass Sozialpartnerschaft mit dem Kapital etwas bringt, dass es wert ist, seine Gesundheit im 70-Sekundentakt zu ruinieren. Die Erwartung der Betriebsratsmehrheit, für dieses Entgegenkommen endlich die Arbeitszeitanträge zu bekommen, wurde nicht erfüllt. Die Seifenblase einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit dem Kapital zerplatzte und hinterließ einen faden Beigeschmack.

Dass der Werkleiter bis heute keine Arbeitszeitanträge für 2017 eingereicht hat, zeigt doch, dass sein Geschwätz vom „lieben Mitarbeiter“ nur leere Worthülsen sind. Diese Gleichgültigkeit gegenüber unseren Interessen kann nur eine Antwort bekommen: Holt Eure Betriebsräte an die Bänder oder kommt zum Krawattenbunker und fordert Euer Informationsrecht ein. Der Protestbesuch von ca. 100 Vertrauensleuten am 7.11. bei den Verhandlungen mit der Werkleitung kann nur der Anfang gewesen sein. Dort wurde dem Werkleiter eine Abmahnung wegen nicht Einhaltens der Betriebsvereinbarung und Störung des Betriebsfriedens überreicht. Beleidigt und trotzig wie ein kleiner Junge versuchte Theurer, dem Betriebsrat den schwarzen Peter zuzuschieben und erklärte, dass seine Arbeitszeitvorstellungen etc. ja vorliegen und es darüber nichts zu verhandeln gibt. Am Montag dem 14.11. wird der BR noch mal versuchen, mit der Werkleitung Gespräche zu führen. Sollte es dort und weiterhin zu keiner Einigung kommen, gelten 2017 die gleichen Arbeitszeiten wie 2016. Mit einen Unterschied: Sonderschichten wird es 2017 nicht geben. Eine besondere Wert-

schätzung ihrer Arbeit erleben gerade einige Kollegen aus der Halle 93. Seit 2. Mai in ein Stamm-arbeitsverhältnis gewandelt und in der Probezeit, wurden Ihnen wegen bis zu 14 Krankheitstagen gekündigt. Den Arsch aufgerissen als



Leiharbeiter, die Schnauze gehalten, wenn man mal wieder ungerecht behandelt wurde und jetzt der Arschtritt wegen Krankheit, soweit die sogenannte soziale Verantwortung gegenüber einem 3-fachen Familienvater. Dass hier der Kollege den Kürzeren zog, war die logische Konsequenz. In ihren Glanzbroschüren und ganzseitigen Anzeigen in der Tagespresse versucht dieser Werkleiter ein Öffentlichkeitsbild des Werkes darzustellen, was mit der Realität nichts zu tun hat. Nicht lachende, motivierte Kollegen an den Bändern, sondern durch jahrelange Bandarbeit kaputtmalochte und demotivierte Kollegen sind die Realität. Wenn wir uns weiter als Kollegen lieb und brav zur Schlachtbank treiben lassen und uns nicht endlich gemeinsam gegen dieses verrottete System der menschlichen Ausbeutung wehren, werden unsere Kinder uns eines Tages fragen: Warum hast du nichts

dagegen unternommen, dass ich hier als Leiharbeiter in einem Zwangsarbeitsverhältnis arbeiten muss?

Dass Leiharbeit Zwangsarbeit bedeutet, erfahren gerade unsere Kollegen von Adecco. Da ihre Firma ab 2017 nicht mehr auf dem Werksgelände vertreten ist, müssen sich die 308 Kollegen bei den anderen drei Sklavenfirmen wie auf einen Basar bewerben. Nicht alle sollen/werden von diesen Sklavenfirmen übernommen, da Mercedes einige dieser 308 Kollegen auf eine schwarze Liste gesetzt hat. So erfahren jetzt Adecco-Kollegen was sie Mercedes wert sind. Nämlich gar nichts. Gründe für ihre Kündigung über Mercedes erfahren diese Kollegen auch nicht, sondern per Telefon von Personaler bei Adecco, hören sie, dass Mercedes sie nicht mehr will. Menschenverachtender geht es nicht. Damit muss endlich Schluss gemacht werden.



## Tarifverhandlung Leiharbeit: Zuhälter und Mittäter stoppen

Warum verkriechen sich Gewerkschafter mit den Zuhältern der Leiharbeitsverbände in irgendeinem Hinterzimmer irgendeines Hotels in Hannover und Hamburg, um über Hungerlöhne für Leiharbeiter zu verhandeln und Tarifverträge abzuschließen, die gleiche Bezahlung und Bedingungen, wie sie im Gesetz (AGÜ) stehen, verhindern? Warum verkriechen sich Leute, die von unseren Beiträgen fürstlich bezahlt werden, vor ihren eigenen Mitgliedern? Haben sie ein schlechtes Gewissen? Haben sie Angst vor den Gewerkschaftern, die dieses schmutzige Spiel durchschauen? Wollen sie auf diese Weise den Kampf gegen das Verbrechen Leiharbeit sabotieren?



Wir jedenfalls werden sie niemals in Ruhe lassen. Deswegen haben wir knapp 1000 Unterschriften gesammelt,

die den DGB auffordern, keine Tarifverträge zur Leiharbeit abzuschließen. Unterschrieben haben der ganze Betriebsrat des GHB (Gesamthafenbetrieb), unterschrieben hat ein knappes Drittel der Mercedes-Betriebsräte. Unterschrieben haben über 30 Delegierte der IG Metall und über 800 Kollegen an den Bändern.

### Von der Leiharbeit zur Zwangsarbeit zum Krieg

Als wir geschrieben haben, dass Leiharbeit Zwangsarbeit ist, da der Leiharbeiter nicht frei wählen kann, an welchen Kapitalisten er seine Arbeitskraft verkauft, da hat so mancher ungläubig dreingeschaut.

Jetzt wird sie amtlich, die Zwangsarbeit. Per „Integrationsgesetz“ wird von der Berliner Regierung verordnet, dass Asylsuchende jede Arbeit anzunehmen haben – für 80 Cent die Stunde. Dass damit der gesetzliche Mindestlohn ausgehebelt wird, ist dabei fast schon nebensächlich. Dass der Flüchtling in Elend, Krieg und Tod, also in die Ursache seiner Flucht, abgeschoben wird, wenn er diese Arbeit verweigert, das ist zweifellos staatlich organisierte Zwangsarbeit. Und nichts anderes. Das geht Dich nichts an, Du bist ja kein Flüchtling und kein Leiharbeiter? Falsch. Du bist gemeint:

1. weil die Herrschenden immer an den Schwächsten der Schwachen das erproben, was sie mit uns allen vorhaben;
2. weil sie bereits weitere Gesetze und Verordnungen schaffen und geschaffen haben, die auch Deine Zwangsrekrutierung vorsieht für den „Gefahrenfall“.

Das glaubst Du nicht? Schau Dir das „Konzept Zivile Verteidigung (KZV)“ des Bundesinnenministeriums an ([www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)), da stehen noch viel mehr Dinge drin, die den Ausnahmezustand zum Alltag machen. Das KZV ist übrigens die „zivile“ Ergänzung zum „Weißbuch“ der Regierung, das den Bundeswehreinsetzung nach Innen regelt, wenn wir streiken und dabei z.B. eine Hauptverkehrs Kreuzung oder den Bahnhof besetzen. Du glaubst das nicht?

## Unterschriften gegen Leiharbeit

Viele von euch haben an den Toren unterschrieben oder in den Hallen gesammelt. Eine kleine Delegation von Mercedes-Kollegen und vom Bremer Gesamthafenbetrieb (GHB) hat den ersten Packen mit rund 1000 Unterschriften gegen Leiharbeit an die Bremer DGB-Vorsitzende Anette Düring am 6. Oktober übergeben. „Rein zufällig“ anwesend, drängte sich der 1. Bevollmächtigte der IGM, Volker Stahmann auf, um seine Haltung klar zu machen: Leiharbeit ist bei den Kollegen sehr beliebt, es sind ja unbefristete Arbeitsverhältnisse beim Verleiher, es ist die Chance in den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren, und solcherlei halbgares Zeug mehr. Natürlich wussten wir entgegenzusetzen: Leiharbeit schafft ja erst den zweiten Markt der Zwangsprostitution. Die Zusage von Anette Düring, die Listen sofort an den Bundesvorstand weiterzuleiten, war das Ziel und trotz Stahmann erreicht.

Damit ist nun der DGB konfrontiert, gegen den erklärten Willen von vielen Kollegen in die Verhandlungen zu gehen, oder es zu lassen. Und diese Kollegen wissen sehr gut, von was hier die Rede ist: Leiharbeitszwang durchs Amt, Rechtlosigkeit im Betrieb, Ausspielung der Arbeiter gegeneinander, Lohnkonkurrenz und Aufstockerlöhne usw.. Das kann man nicht "gestalten", von sowas müssen sich die Arbeiter befreien, sonst gehen sie daran zugrunde. Auch die Presse hat von der kleinen Aktion im DGB-Haus berichtet. Klar ist, dass wir es dabei nicht belassen können, wir werden noch viel mehr tun müssen, um uns bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen.

Dann schau auf die Seite des Kriegsministeriums ([www.bmvg.de](http://www.bmvg.de)). Auch hier stehen noch viel mehr Dinge drin, wie der alltägliche Notstand militärisch gegen uns abgesichert werden soll.

Die Gewerkschaften haben den Kampf gegen die Leih- und Zwangsarbeit nie geführt. Im Gegenteil, sie legalisieren diese staatlich organisierte Zuhälterei durch menschenunwürdige Tarifverträge. Kein Wort zu den Maßnahmen der Regierung, die wir Ermächtigungsregierung nennen, weil sie sich selbst, am Parlament vorbei, ermächtigt, Gesetze aufzuheben, um willkürlich mit Erlassen und Verordnungen (eben z.B. das KZV oder das Weißbuch) gegen das Volk zu regieren. Der Notstand regiert in die Betriebe, bis in die Familien hinein. Der Krieg, nicht nur in der Autoindustrie, erfordert für die Kapitalisten den permanenten Ausnahmezustand. Betrug, Raub, Verbrechen an Gesundheit und Leben sind Alltag. Unbehelligt und sogar geschützt von der Regierung – siehe VW, siehe Daimler, siehe Deutsche Bank & Co.

Wir können es nicht zulassen, dass unsere Gewerkschaften durch ihr Stillhalten sich wieder mitschuldig machen an diesen Verbrechen.

Aus §2 der Satzung der IG Metall:

*Die IG Metall wahrt und verteidigt die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die demokratischen Grundrechte. Die Verteidigung dieser Rechte und der Unabhängigkeit sowie Existenz der Gewerkschaften erfolgt notfalls durch Aufforderung des Vorstandes an die Mitglieder, zu diesem Zweck die Arbeit niederzulegen (Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG).*

## Kurzmeldung:



Eine Brücke nahe des Würther Werks

559 Arbeitsplätze sind im LKW-Werk Würth fremdvergeben worden. 600 weitere, so die Werkleitung, sollen nun folgen. Um erneute Proteste der Belegschaft (wir berichteten) gegen Fremdvergabe und Leiharbeit zu verhindern, hat die Würther Werkleitung jetzt jegliche Arbeit der Vertrauensleute auf dem Werksgelände und während der Arbeitszeit verboten! Wenn sie schon vor der kleinsten Regung der Kollegen Schiss haben, was ist dann erst los, wenn wir uns wirklich mal alle gemeinsam, ob in Bremen, in Stuttgart, Würth oder sonst wo bewegen? Ihre Schwäche, ihre Feigheit ist unsere Stärke.

## Das Letzte

## Leserbrief

### Eindrücke von der letzten Betriebsversammlung

Betriebsversammlung am 29.9. - oder war das Gruppenkuscheln? Freundlichste Worte der Geschäftsleitung an uns, „wir sind auf der Gewinnerseite“, „wir schreiben die schwärzesten Zahlen“, „ist das alles toll!“ (wie bei Oma auf dem Schoß komme ich mir vor) - während kurz darauf mit dem Betriebsrat über Arbeitszeitverlängerung, noch mehr Sonderschichten, Kündigung „120 überschüssiger Leiharbeiter“, bei gleichzeitiger Ausweitung der Ferienarbeitszeit verhandelt wird! Wohl behütend waren die Worte von Theurer und Stahmann. Im Anschließendenden „freien Redeblock“ entschuldigt sich gar noch ein Kollege bei Theurer, wegen des „zu harten Umgangs“ auf der letzten Versammlung. Doch das hört Theurer schon nicht mehr. Er ist gegangen, denn was wir zu sagen haben, interessiert nicht.

Wir sind ja ruhig genug. Er bekommt ja schließlich, was er will. Dezember 2015, Betriebsversammlung im LKW-Werk Würth. 800 Leiharbeiter sollten zum Jahresende gehen. Aufrecht standen die Stammkollegen und drehten ihrem Werkleiter den Rücken zu: „hinsetzen und zuhören werden wir erst, wenn die Kollegen nicht zu Weihnachten auf der Straße stehen“. Nach weiteren kleinen Aktionen der Belegschaft: Über die Hälfte der zum Abschluss freigegebenen Leiharbeiter wurden verlängert.

Bei uns in Bremen wollen sie die Zeit mit Schülern und Studenten aufs ganze Jahr ausweiten. Dafür sollen Leiharbeiter gehen. Auch wir haben im Dezember wieder Betriebsversammlung... Die Zeit des Kuschelns und Kuschiens ist vorbei! Für die sofortige Übernahme aller Leiharbeiter!

# Notizen aus der Provinz: Wem die Fabriken gehören, darum dreht sich alles



Zumtobel, ein kleiner Metallbetrieb in Usingen im Taunus, wird durch das Kapital liquidiert. Woanders ist mehr Profit rauszuschlagen, für Hungerlöhne. Wochenlang bangen die Arbeiter um den Erhalt des Werkes, dann bleibt nur noch der Streik um Abfindung. Sie beschließen den Streik, der 7 Wochen dauert. Über 9 von 10 Kollegen sind dann schon in der IGM organisiert, schnell wird ihnen klar: Der Kapitalismus ist scheiße. Aber den gesellschaftlichen Ausweg, ihre Zukunft kennen sie nicht. Die Erkenntnisse kommen erst mit klassenbewussten Arbeitern außerhalb des Betriebs: Die Fabriken müssen in Arbeiterhand, sonst gehen wir mit den Kapitalisten unter. Sie reißen uns in den Krieg, wenn wir nicht unsern eigenen Arbeiterstaat aufbauen. Ein Kommunist diskutiert mit den Kollegen, was der Arbeiterstaat ist, wie wir ihn aufbauen und warum ihn die Kapitalisten in Wirklichkeit so schwach sind. Die Kollegen besetzen symbolisch die Frankfurter Börse, demonstrieren vor der dem Haus des Kapitalisten Zumtobel und seiner anderen Fabrik in Österreich, sie protestieren im Hessischen Landtag. Und sie drängen auf energischere und radikalere Aktionen in Frankfurt und anderen Städten. Aber die IGM geht nicht in die Offensive. Es geht ständig hin und her: Lasst uns in Frankfurt den Verkehr lahmlegen, Kreuzungen besetzen - die Gewerkschaft wiegelt ab.

Der Kapitalist wird ungeduldig. Die Fertigprodukte müssen raus, sonst drohen Konventionalstrafen. Die Polizei ist der Streikbrecher für den Konzern und lässt mit Billigung der IG Metall Fertigprodukte aus dem bestreikten Betrieb rausschaffen. Die Kollegen haben kapiert: Die Polizei ist der Freund und Helfer der Kapitalisten und des Arbeiters Feind. Sie streiken weiter und haben nach 7 Wochen einen Sozialplan erstritten. Zugleich haben sie gezeigt, wie eine kleine Belegschaft in der Provinz ungeheuer schnell lernt über den Kapitalismus und die Arbeitermacht, zu viel größeren Kämpfen bereit wäre - aber noch nicht gelernt hat, die Führung des Streiks in die eigenen Hände, in die der Arbeiter zu nehmen. All das zeigt, wie nötig eine Organisation ist, ein klassenbewusster Vortrupp der Arbeiter und was in der Arbeiterklasse stecken kann, wenn nicht nur 150 Arbeiter in der Provinz, sondern zehntausende im ganzen Land, die so wie heute nicht mehr weiter leben wollen und können, aufstehen. Und nicht warten, bis die kapitalistische Katastrophe, die Fabrikschließung mit Erwerbslosigkeit oder Zwangsarbeit oder gar der Krieg, auf der Tagesordnung steht. Das Recht auf Arbeit mit einem besseren Leben haben wir und unsere Kinder - wenn die Fabriken in Arbeiterhand genommen sind. Dieser Kampf beginnt heute. Überall.

## Krank durch Führung

Viele Jahre ungestraft konnte ein Meister aus der Abteilung QM/EA einige seiner Mitarbeiter teils jahrelang schikanieren. Mit teilweise gravierenden gesundheitlichen Folgen für die Mitarbeiter. Am 27.10.16 hat der Betriebsrat mehrheitlich festgestellt, dass der Meister Hans Rainer Dose den Betriebsfrieden stört und verlangt beim Werkleiter zum Schutz der Kollegen die Versetzung des Meisters. Seit Mitte März war der Betriebsrat als Gremium mit den Vorfällen befasst. Mitte August stellte das Personalbüro dann jedoch fest, dass kein Handlungsbedarf besteht - sprich also, das dem Meister geglaubt wird und nicht den betroffenen Kollegen. Der Meister streitet die Vorfälle ab und will nie zu seinen Mitarbeiter Sprüche wie : „Lehn dich nicht zu weit aus dem Zugfenster - es könnte ein Pfeiler stehen und

dich stoppen“ oder „Lernen durch Schmerzen“ (um nur einige zu nennen) gesagt haben. Und nun wird im Fachbereich versucht, aus den Opfern Täter werden zu lassen. Die Profiteure des Schreckensregime durch den Meister sammeln Unterschriften unter einem Brief an den Teamleiter, mit dem sie versuchen, ihren Meister zu schützen. Und dabei setzen sie die unter Druck, die das nicht so sehen und nicht hinnehmen wollen. Bisher hat die Werkleitung nicht reagiert. Sollte das weiterhin so bleiben, vielleicht weil der Meister immer brav die Rationalisierungsziele erreicht hat, die ihm aufgegeben wurden, dann muss der Betriebsrat zum Schutz der Kollegen die Versetzung des Meisters vor dem Arbeitsgericht einklagen.

**Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen**

**Kontakt: Jochen Kohrt, H3 (Tel. 90442) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H8, DNS / Gerhard Kupfer / Uwe Müller, H9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H7 / Sascha Heiner, H9 (2215) und viele andere**

**(November 2016)**

**E-Mail-Kontakt: redaktion-funke@gmx.de- Spenden an: Sparda-Bank Hannover, IBAN: DE37 2509 0500 0101 6379 91, U. Müller, Stichwort: Flugblatt**